

Die Beachtung der Hinweise und Kritiken

Im VEB Elektroschaltgerätekombinat Dresden schrieb ein Genosse an seine Betriebszeitung: „Es ist ja heute nicht mehr allein das Geld, was uns an einen Arbeitsplatz bindet. Es ist eine gewisse Freude an der Arbeit, das Gefühl, etwas zu leisten, was uns allen nützt, dem Betrieb und der ganzen Republik. Diese Freude an der Arbeit kann aber verlorengehen, wenn die Leistung nicht anerkannt wird, wenn die Leitung alle Erfolge auf ihr Konto verbucht; wenn man die Arbeiter reden und kritisieren läßt und dann doch die Kritik mißachtet.“

In der Leipziger Stahlfederfabrik wurden die Hinweise der Werkstätigen über Mißstände in der Betreuung von der Betriebs- und der Gewerkschaftsleitung mißachtet. Solche und ähnliche Beispiele könnten noch eine ganze Anzahl genannt werden.

Zu den Pflichten eines Parteimitgliedes gehören jedoch, „furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen; gegen Schönfärberei aufzutreten und gegen die Neigung, sich an Erfolgen zu berauschen;

anzukämpfen gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken ... sowie die Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise zu fördern.“ (Statut, Punkt I h.)

Hinter jeder Eingabe steht ein Mensch

In den genannten Fällen hatten Genossen der Grundorganisationen diese mit an erster Stelle im Statut genannten Pflichten verletzt. Die Sekretariate der Bezirks- bzw.

Stadtleitungen mußten sich erst mit ihnen auseinandersetzen und sie darauf hinweisen, daß sie damit zugleich gegen das wichtigste Prinzip

gaben unter Kontrolle haben und dabei beachten, daß hinter jeder Eingabe ein Mensch mit seinen Problemen steht, der oft Sorgen hat oder wichtige

Eine wichtige Seite der Arbeit mit den Menschen

und die Grundlage unserer Parteiarbeit, die Arbeit mit den Menschen, verstoßen haben.

Zahlreiche Kreisleitungen und Grundorganisationen schenken nach dem 7. Plenum den Vorschlägen, Hinweisen, Kritiken, Beschwerden und Anliegen der Werkstätigen und anderer Bevölkerungsschichten größere Beachtung. Wo Kritik unterdrückt oder herzloses Verhalten festgestellt wird, setzen sie sich mit den verantwortlichen Leitern und Mitarbeitern der Staats- bzw. Wirtschaftsorgane auseinander und weisen sie auf ihre Pflicht hin, den Staatsratserlaß vom 27. Februar 1961 „Über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane“ zu befolgen.

Viele Parteiorgane analysieren jetzt regelmäßig die Meinungen, Vorschläge, Hinweise und Kritiken der Werkstätigen, die sie in Versammlungen, in der Presse und in Gesprächen äußern oder als Eingabe an die örtlichen Staatsorgane eingereicht haben.

Diese Eingabenanalysen bereichern die Ideen der Leitungen, sie signalisieren Schwächen und Mängel, sie sind das Echo auf eine gute oder schlechte Arbeit der Leitungen.

Die Parteileitungen, die ständig die Bearbeitung der Ein-

Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen macht, lernen die Lage besser einzuschätzen und können eine wirkungsvolle, differenzierte politisch-ideologische Massenarbeit organisieren. Nicht zuletzt helfen solche Analysen den Parteileitungen, die richtigen Schlußfolgerungen zur Verbesserung der eigenen Arbeit und der Arbeitsweise der örtlichen Staatsorgane zu ziehen.

Vormachen ist die beste Anleitung

Die Stadtleitung Karl-Marx-Stadt beispielsweise schenkt dieser Seite der Parteiarbeit große Beachtung und konnte in den letzten Monaten und Wochen eine Reihe guter Erfahrungen sammeln. Sie ging davon aus, daß die Arbeit mit den Menschen in der Partei beginnen muß, daß sich die Stadtleitung, ihr Sekretariat und die Genossen des Apparates um die Beantwortung der politischen Fragen, um die Qualifizierung, die Kritiken und Sorgen der eigenen Parteimitglieder kümmern müssen.

Der dazu notwendige enge Kontakt wird vor allem durch das Auftreten der Sekretäre und Mitarbeiter der Stadtleitung in den Grundorganisationen hergestellt.